

Berliner Mauer bald an der Ostgrenze Polens oder Visionen von einem geeinten Europa?

„Verlagert sich die Berliner Mauer an die Ostgrenze Polens?“ – Diese Frage stand im Mittelpunkt einer ökumenischen Tagung in der ostpolnischen Stadt Bialystok, die vom Polnischen Ökumenischen Rat, dem Europa-Referat des Zentrums Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und der Evangelischen Akademie Iserlohn organisiert wurde. Die viertägige Konferenz ließ vom 24. bis 27. September 2000 im polnisch-weißrussischen Grenzgebiet ungefähr 40 orthodoxe, evangelische und vereinzelt auch katholische Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft und Kirche zusammenkommen. Bei der Auswertung der Tagung war man sich einig, dass es notwendig sei, von kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Seite grenzüberschreitende Dialoggruppen einzurichten, die sowohl das autoritäre Regime in Weißrussland als auch die Politik der Europäischen Union in der Grenzregion Ostpolens kritisch begleiten sollen. Eine Basis für diesen Dialog könnten in der EKHN die Tschernobyl-Gruppen bilden.

Um „Visionen von einem geeinten Europa“, so der Tagungstitel, sollte es in Bialystok gehen. Dabei kamen auch die Konditionen und Auswirkungen der bevorstehenden Osterweiterung der Europäischen Union zur Sprache. Die Delegationen aus Belarus, Polen und Deutschland sprachen außerdem über ihre eigenen nationalen Identitäten und die dadurch jeweils unterschiedlich gefärbten Perspektiven auf Europa.

Tagungsort war das „Zentrum der orthodoxen Kultur“, das sich im Besitz der autokephalen polnisch-orthodoxen Kirche befindet. Die Stadt Bialystok ist orthodoxer Bischofssitz und liegt nur 40 Kilometer von der Grenze zu Weißrussland entfernt. Dadurch gewährleistete Bialystok als Standort auch eine räumliche Nähe zur Thematik der Tagung. Darüber hinaus fanden sich hier im Grenzgebiet zu Weißrussland besondere ökumenische Rahmenbedingungen. Ungefähr ein Drittel der Einwohner Bialystoks sind orthodoxen Glaubens. Die daraus resultierende Sonderstellung von Stadt und Region Bialystok im ansonsten katholisch dominierten Polen ermöglichte einen intensiven und kenntnisreichen internationalen und interreligiösen Dialog.

Europa, davon gingen die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer aus, befindet sich mehr als zehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs noch immer in einem Prozess der Neuordnung. Welchen Platz Belarus, Polen und Deutschland in dieser neuen europäischen Ordnung jeweils einnehmen und was sie als europäische Partnerländer miteinander zu tun haben werden, hängt nicht nur von der hegemonialen Politik der Europäischen Union ab, sondern auch davon, wie diese Staaten sich selbst definieren. Nationale Identität und kollektives Selbstverständnis, aber auch die Frage, wie die Länder-Vertreterinnen und -Vertreter die jeweils anderen Staaten in Europa sehen, waren deshalb wichtige Inhalte der Vorträge und Referate.

Der belarussische Historiker *Waliantin Golubiej* wies darauf hin, dass sich die Weißrussen in der Geschichte teilweise mit den Polen, teilweise mit den Russen identifiziert hätten. Mit Ersteren waren sie ab dem 16. Jahrhundert durch die Union von Lublin (1569) in der polnisch-litauisch-belarussischen *Rzecz Pospolita* verbunden. Zur Einflussphäre der Letzteren gehörten sie seit Ende des 18. Jahrhunderts – letztlich bis zum Ende der Sowjetunion. Golubiej zufolge fand der Terminus „weißrussisch“ erstmals im 12. Jahrhundert Erwähnung und bezeichnete zum einen das Frei-Sein des Gebiets von tatarischen Besatzern, zum anderen die orthodoxe Reinheit des Russentums. Zunächst wurde die Bezeichnung „Weißrussland“ denn auch für das Großfürstentum Moskau verwendet. Der Terminus verschob sich aber allmählich nach Westen hin zur Region Minsk.

Auch heute könne man in Bezug auf Belarus davon sprechen, dass hier durch das Regime Alexander Lukaschenkos die „Reinheit des Sowjetischen“ bewahrt werde, merkte später die Politologin *Irina Bugrowa* an. Gleichzeitig gebe es in der weißrussischen Bevölkerung aber auch eine starke Orientierung an der Russischen Föderation. In der russischen Gesellschaft seien die Elemente der Wirtschaftskonkurrenz, der freien Meinungsäußerung und des Individualismus stärker etabliert als in Weißrussland. Deshalb gleiche das russische Fernsehen ORT heute in etwa dem „Westfernsehen“ für DDR-Bürger vor 1989, obwohl es natürlich auch in Russland noch Demokratiedefizite gebe. Die weißrussische Identität nannte Bugrowa „fluktuierend und selbstzweiflerisch“. Den von ihr zitierten Untersuchungen zufolge halten sich nur 49 Prozent der Belarussen für eine eigenständige Nation, während 42,6 Prozent sich nach wie vor als Teil Russlands sehen und keine eigenständige nationale Identität für sich selber annehmen. Sicherlich ist es kein Wunder, dass sich eine stabile nationale Identität in Belarus erst noch bilden muss. Denn Weißrussland ist ein junges europäisches Land. Als unabhängigen Staat gibt es Belarus erstmalig in der Geschichte seit 1990. Zehn Jahre nach der Souveränitätserklärung des belarussischen Obersten Sowjets seien heute noch immer 70 bis 80 Prozent der Weißrussen stark von Russland beeinflusst, so Irina Bugrowa. Inzwischen plädierten aber nur noch 28 Prozent für eine Wiederherstellung der Union mit Russland. Vor zwei Jahren waren es noch 58 Prozent.

Diese Schwankungen verweisen darauf, dass die belarussische Nation Ende des 20. Jahrhunderts zwar erstmals die Unabhängigkeit erlangt hat, die die meisten anderen Völker Europas schon bis zum Ende des 19. Jahrhunderts für sich etablieren konnten, dass diese junge Nation ihrer selbst aber noch keineswegs sicher ist. Auf der Tagung in Bialystok äußerte sich diese Unsicherheit u. a. in besorgten Warnungen und Appellen der vertretenen belarussischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Irina Bugrowa verwies auf die immerwährende Gefahr der völligen Auflösung Weißrusslands in der Integration mit einem anderen Staat. Der Historiker *Andrej Kustimow* appellierte an die europäischen Völker, sie sollten überlegen, ob Belarus wieder von der Landkarte verschwinden solle. Schließlich seien das zehn Millionen Menschen. Belarus habe mehr Menschen als Schweden. Im Zusammenhang mit dieser immer noch labilen nationalen Identität gab es am

Rande der Tagung vereinzelte wütende Proteste dagegen, dass nur ins Russische und ins Deutsche übersetzt wurde, aber nicht ins Weißrussische.

Der belarussische Blick auf die Nachbarn

Der Blick auf den Nachbarn Polen irritierte die weißrussische Delegation, weil sich aus Polens Weg nach Europa – zuerst die polnische Integration in die NATO, und dann in die Europäische Union – der Schluss ziehen ließ, es sei am einfachsten, sich in Europa durch militärische Teilhabe zu integrieren. Bei dieser Schlussfolgerung berücksichtigten die belarussischen Teilnehmer zu wenig, dass Polens Motiv für einen NATO-Beitritt vor allem darin lag, sich vor dem übermächtigen Nachbarn Russland zu schützen und ein klares Signal an die Adresse Moskaus abzugeben, etwa in dem Sinne: „Wir gehören nicht mehr zu Eurer militärischen Einflussphäre.“ Von der weißrussischen Delegation wurde dieses polnische Eigeninteresse an einer Mitgliedschaft in der NATO zu wenig gesehen. Vorherrschend war eher eine Furcht vor dem Druck militärischer Interessen der USA und der EU.

Die weißrussischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer gehörten überwiegend einer bestimmten Fraktion der belarussischen Opposition, und zwar der national orientierten „Volksfront“ an und schätzten die internationalen Sanktionen gegen ihr eigenes Land weitgehend positiv ein. Auf kritische Positionen zu den Sanktionen reagierten die meisten irritiert bis ablehnend. *Hans-Georg Wieck*, der Leiter der OSZE-Berater- und Beobachtergruppe in Minsk, hatte sich auf der ökumenischen Tagung in Bialystok eindeutig gegen Sanktionen ausgesprochen, weil diese – so Wieck – „die Weißrussen noch mehr in die Arme Moskaus treiben“. Einige belarussische Teilnehmer verstanden diese Aussage nicht als die des kritischen Demokraten Wieck, der die internationalen Beschlüsse zu den Sanktionen zwar einhält, aber selbst negativ beurteilt, sondern als eine affirmative Aussage zur Erklärung der Position des Westens in dem Sinne: „Der Westen schickt uns nach Moskau!“ Dieses Missverständnis war nicht aufzulösen. Ein Teil der weißrussischen Teilnehmer fühlte sich deswegen gekränkt und von Europa zurückgewiesen.

Astrid Sahn, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, wies jenseits dieser Debatte darauf hin, dass für Belarus auch ein Weg über Russland nach Europa möglich sei, indem beispielsweise die angestrebte Währungsunion mit Russland zu einer Stabilisierung der belarussischen Währung führen könne, wodurch das Land unter Umständen „europatauglicher“ werde. Dieser Weg könnte möglicherweise der angemessenste für die europäische Integration Weißrusslands sein. Denn Russland, so hatte Irina Bugrowa deutlich gemacht, werde beim überwiegenden Teil der weißrussischen Bevölkerung als „unser großer Bruder“ gesehen, während der Hauptfeind im Bewusstsein der Menschen nach wie vor der Westen sei. Dem Westen werde die böse Absicht unterstellt, Belarus nur als Rohstofflieferant ausbeuten zu wollen. Diese Aussagen zum Verhältnis Weißrusslands zum Westen wurden lediglich ergänzt durch den Hinweis, dass der größte Einfluss des Westens für Minsk in westlicher Massenkultur und westlicher Mode bestehe. Interessant war hier, dass

keine Ausführungen über das belarussische Verhältnis speziell zu Deutschland gemacht wurden, sondern nur zum „Westen“ insgesamt. Deutschland verschwand hinter der Chiffre des Westens.

Der polnische Blick auf die Nachbarn

Anders stellte sich das bei dem polnischen Soziologen *Antoni Mironowicz* dar. Er führte aus, dass die Anziehungskraft des Reichtums das traditionelle Misstrauen gegenüber Deutschland in Polen weitgehend gebrochen habe. Das Verhältnis Polens zu Deutschland sei wesentlich besser als das zum östlichen Nachbarn Russland bzw. auch zu Belarus. Russlandfeindlichkeit gelte in Polen nach wie vor als patriotisch, da viele Polen Russland als halbasiatisch und barbarisch betrachteten. Man sei in Polen vielfach der Meinung, Russland müsse isoliert werden. Auch der orthodoxe *Erzbischof Jeremiasz* aus Wrocław (Breslau) merkte an: „Die Versöhnung mit dem Osten ist durch das polnische Bewusstsein der Überlegenheit behindert.“ Andererseits betonte der gastgebende orthodoxe *Bischof Jakub* aus Białystok, dass die Grenze zu Weißrussland nicht als Linie, sondern nur als Streifen, als ein breiter Landstrich zwischen Polen und Belarus gedacht werden könne. Denn hier gebe es viele Familien, deren Angehörige teilweise auf polnischem, teilweise auf belarussischem Gebiet lebten. Auch Erzbischof Jeremiasz hob hervor, dass im Grenzgebiet um Białystok ökumenische Prinzipien des Zusammenlebens, des gegenseitigen Respekts seit Jahrhunderten gelebt würden. So verrichteten die Orthodoxen im Grenzgebiet in der Zeit vom 24. bis 26. Dezember traditionell keine schweren Arbeiten und nichts, was Lärm verursacht. Gleiches gilt umgekehrt am Tag des orthodoxen Weihnachtsfestes am 7. Januar für die nicht-orthodoxen Christen.

Elemente der nationalen Identität Polens

Polen habe das christliche Europa mehrmals gerettet, führte *Antoni Mironowicz* weiter aus und nannte unter anderem die Schlacht bei Liegnitz gegen die Tataren (1241), bei Wien unter dem polnischen König Jan Sobieski gegen die Türken (1683), aber auch den Widerstand polnischer Christen gegen die Bolschewiken und die Nationalsozialisten. Die Polen sähen sich selbst als geschlossen, freiheitsliebend und unbeugsam. Es gebe leider aber auch ein hohes Maß an Duldsamkeit gegenüber kriminellen Handlungen in der Bevölkerung. So sei beispielsweise bekannt, dass es enge Verflechtungen polnischer Politiker mit kriminellen Strukturen gebe. Die Wählerinnen und Wähler störten sich daran aber nicht. *Andrzej Wojtowicz*, Direktor des Polnischen Ökumenischen Rates wies nachdrücklich darauf hin, dass ein Drittel der polnischen Bevölkerung nicht katholisch, sondern orthodox oder protestantisch sei, Polen aber insgesamt als katholisch gelte und der katholischen Kirche im polnischen Staat eine ungerechtfertigt privilegierte Rolle zukomme. Großen Einfluss hätten die Katholiken insbesondere auf das polnische Bildungswesen. Man könne in Bezug auf die katholische Kirche geradezu von einer Symbiose von Kirche und Staat in Polen sprechen, so der orthodoxe Sprecher

Mironowicz. Unklar sei, ob eine solche Symbiose weiter toleriert werden könne, wenn Polen erst der Europäischen Union angehöre.

Elemente der nationalen Identität Deutschlands

Für die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer standen in ihren Beiträgen die Versöhnung mit den östlichen Nachbarn und die Erinnerung an deutsche Schuld im Zweiten Weltkrieg im Vordergrund. Die Europa-Referentin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), *Britta Schmitt*, erinnerte daran, dass nach 1945 allein aus Polen 6,9 Millionen Vertriebene nach Deutschland kamen. In der Bundesrepublik sei das Interesse an diesen Vertriebenen von Anfang an relativ gering gewesen, denn der Osten habe als verdächtig gegolten, „da er vom Westen aus unbewusst mit der Kriegsschuld und der Schuld an der Shoa in Verbindung gebracht wurde“.¹ Das Ausblenden des Ostens habe in Deutschland als eine Befreiung von Schuld erscheinen können. Heute aber wachse das Interesse gerade der jüngeren Generation an den östlichen Nachbarstaaten. Insgesamt sei die deutsche Gesellschaft heute multikulturell. Auf dem Territorium Deutschlands lebten viele verschiedene Nationalitäten, ungefähr zehn Prozent der Einwohner Deutschlands seien Ausländer. Deutschland gehöre außerdem mit Überzeugung einem größeren Staatenverbund, der Europäischen Union an, die sich noch weiter vergrößern werde, bis alle Nationen des Kontinents ihr angehören würden. Das werde gerade von deutschen Protestanten begrüßt und vorangetrieben. Viele Menschen in der Evangelischen Kirche Deutschlands wollten ein Europa von gleichermaßen freien, demokratischen und toleranten Staaten mitgestalten. In den Staaten der Europäischen Union solle es zukünftig weder Fremdenfeindlichkeit und Faschismus noch Vertreibung und ethnische Säuberungen geben. „Wir Europäerinnen und Europäer müssen lernen, miteinander zu leben und unsere blutige Vergangenheit zu überwinden“, sagte Schmitt.

Der deutsche Blick auf seine östlichen Nachbarn

Was die bevorstehende Aufnahme Polens in die Europäische Union angeht, sei bislang allerdings nur eine Minderheit der Deutschen dafür. Die Ängste, die in Deutschland mit der EU-Osterweiterung verbunden seien, beträfen in erster Linie Job und Geldbeutel. Viele Deutsche fürchteten um die Stabilität des Euro, wenn Polen, Tschechien, Ungarn und andere mittel- und osteuropäische Staaten der EU beitreten. Ein Zusammenwachsen Europas – besonders der industriellen Zentren des Westens auf der einen und der stärker landwirtschaftlich geprägten Staaten Mittel- und Osteuropas auf der anderen Seite müsse deshalb ökonomisch, aber auch durch Bewusstseinsbildung gut vorbereitet werden. Hätte es den Eisernen Vorhang nicht gegeben, würden die Staaten Mittel- und Osteuropas andererseits natürlich schon längst zur EU gehören. Sie gehörten schließlich unzweifelhaft zum Kontinent Europa. Dass sie bislang noch nicht Mitgliedsstaaten der Europäischen Union seien, sei auch eine späte Folge des Krieges. Der Zweite Weltkrieg und der Kalte Krieg hingen insofern immer noch wie ein düsterer Schatten über dem Kon-

tinent. Jetzt gelte es, sich – gerade in der Ökumene – als Christen gemeinsam weiterzubewegen, um die Reichweite dieses Schattens nach und nach zu verlassen. Über Weißrussland, so Schmitt, sei in Deutschland insgesamt zu wenig bekannt. Kaum jemand wisse beispielsweise, dass bis zu 40 Prozent der weißrussischen Oppositionspolitiker vor den Parlamentswahlen im Oktober unter fadenscheinigen Begründungen zu Geldstrafen verurteilt wurden, um ihnen so das Recht auf eine Kandidatur bei den Wahlen zu entziehen. Proteste der EU gegen solcherlei undemokratisches Verhalten der Staatsmacht verhallten in Minsk weitgehend ungehört. Stattdessen sei Staatspräsident Alexander Lukaschenko stolz darauf, dass Minsk, wie er behauptet, die einzige Hauptstadt in Osteuropa sei, in der nicht die Mafia herrsche. Die Belorussen erlebten im Jahr 2000 zwar kein wirkliches Schreckensregime, müssten aber mit einem autoritären Staat zurechtkommen. Und was noch schlimmer sei: Die Hälfte von ihnen lebe unter dem offiziellen Existenzminimum.² Auch der OSZE-Verantwortliche Hans-Georg Wieck bestätigte: „In Weißrussland hat sich ein Bürgertum etabliert, das in der Regel gebildet und hochqualifiziert ist. Im Unterschied zum Bürgertum in Westeuropa besitzt es aber kein Eigentum, sondern lebt vielfach in Armut.“ – „Diese Armut“, sagte Britta Schmitt, „ist eine Herausforderung für die europäisch motivierte Solidarität von Polen und Deutschen gleichermaßen.“ Die beteiligten Delegationen vereinbarten, den Dialog über Fragen solidarischer Kooperation in Europa und den Austausch über unterschiedliche europäische Perspektiven – möglichst am gleichen Ort, in Bialystok – in absehbarer Zeit fortzusetzen.

Britta Schmitt

*(Europareferentin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)
beim Ökumenischen Zentrum in Frankfurt am Main.)*

ANMERKUNGEN

¹ Roswitha Schieb, *Reise nach Schlesien und Galizien – eine Archäologie des Gefühls*, Berlin 2000, 11.

² Stefan Koch, „Minsk lässt wählen, und die Verlierer stehen längst fest“ in: *Frankfurter Rundschau* vom 24. Juli 2000, 5.